

Thesen zum Übergang von Schule zum Beruf

Grundlagen

1. Die Schule und damit die Lehrerschaft sind neben dem Elternhaus die wichtigsten „Stützen“ in der Entwicklung unserer jungen Mitmenschen. Für eine zunehmende Zahl an Kindern und Jugendlichen ist die Schule die einzige prägende Institution in ihrer Entwicklung.
2. Damit die Lehrerschaft die in sie gesetzten hohen Anforderungen erfüllen kann, ist die konstruktive Zusammenarbeit mit den Erziehungsverantwortlichen und der Gesellschaft zwingend.
3. Grundsätzlich soll die Schule den Auszubildenden optimale Kenntnisse in Deutsch, Mathematik und Englisch vermitteln. Weiter unterstützen gute Kenntnisse in Geografie, Geschichte und Biologie die Entwicklung zum sozial kompetenten Erwachsenen. Unterricht in handwerklichen Fächern (Werken und Hauswirtschaftsunterricht) rundet die Entwicklung zur selbstständigen erwachsenen Person ab.
4. Sozialkompetenz ist Kernkompetenz für Erwachsene und deshalb bereits in der Volksschulstufe zu entwickeln. Dazu gehören Pünktlichkeit, Sauberkeit, Ehrlichkeit, Rücksichtnahme auf andere, insbesondere Schwächere, gute Umgangsformen, offene Kommunikation etc.
5. Neben der Sozialkompetenz sind Selbstständigkeit und Entscheidungskompetenz wichtige Elemente der Ausbildung. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sowohl individuell als auch in Gruppen selbstständig Probleme zu erkennen, zu analysieren, adäquate Lösungen zu entwickeln und diese zu präsentieren.
6. Eine qualitativ hochstehende Volksschule ist ein wichtiger Faktor für die Standortqualität und -attraktivität der Region Winterthur, auch im Wettbewerb mit anderen Regionen.

Forderungen

1. Die internationale Sprache in Wirtschaft und Wissenschaft ist heute Englisch. Darum muss der Englischunterricht bereits in der Volksschule eine entsprechende Priorität erhalten.
2. Um die unterschiedlichen Begabungen und die individuelle Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler entsprechend zu fördern, sollen bereits ab dem 4. Schuljahr Wahlpflichtfächer angeboten werden.
3. Um die Schülerinnen und Schüler auf die Berufslehre oder den Besuch des Gymnasiums optimal vorzubereiten, sind ab der ersten Klasse der Oberstufe Wahlfächer anzubieten.
4. Weniger begabte Schülerinnen und Schüler sind von der zweiten Fremdsprache oder einem erweiterten Mathematikunterricht zu dispensieren, um den Fokus auf die Pflichtfächer zu legen. Stattdessen sollen Unterstützungskurse in Deutsch oder angewandter Mathematik angeboten werden.

5. Das Ausbildungsziel der Volksschule muss es sein, möglichst vielen Schulabgängern den Antritt einer Lehrstelle oder den Übertritt an eine höhere Schule zu ermöglichen. Mit Bezug auf die Berufswahl sollen sich die künftigen Auszubildenden bereits im ersten Oberstufenjahr mit den Anforderungen an eine spezifische Berufslehre und die damit verbundenen Erwartungen der Lehrbetriebe vertraut machen.
6. Hat der Auszubildende seine Berufswahl getroffen, soll ihn der zukünftige Lehrbetrieb, sobald der Abschluss eines Lehrvertrages möglich ist, bereits während der Schule begleiten. In Gesprächen mit dem Auszubildenden und im Beisein der Lehrpersonen, der Erziehungsverantwortlichen sowie des Lehrmeisters ist eine geeignete Kombination der Wahlfächer abzusprechen und gemeinsam die Schulziele zu definieren. Eine periodische Kontrolle der Lernerfolge rundet die Begleitung des Auszubildenden ab.
7. Mit Blick auf die spätere Positionierung im Berufsleben ist der Ausprägung der Sozialkompetenz in den Volksschulen die gleiche Bedeutung einzuräumen wie dem schultypischen Fachunterricht. Konsequenterweise ist „Sozialkompetenz“ bei der Qualifikation bzw. der Benotung gleichwertig neben den Fachnoten zu berücksichtigen.
8. Zur Sicherstellung der Qualität der Volksschule sind die Lernerfolge der Schüler in den verschiedenen Schulhäusern periodisch klassenweise im Sinne einer Qualitätssicherung zu vergleichen.
9. Die Ausbildung unserer Jugend stellt ein wesentliches „Kapital“ unserer Gesellschaft dar, weshalb sich Investitionen in die Bildung langfristig auszahlen. Obwohl auch die Ausgabenseite in der Volksschule kritisch zu hinterfragen ist, dürfen Sparmassnahmen keinesfalls die Lernerfolge und damit die Ausbildung beeinträchtigen. Vorhandene Lehrmittel sollen effizient im Interesse des Schulbetriebes eingesetzt werden. Auf bildungsfremde Ausgaben ist strikte zu verzichten.
10. Um das gegenseitige Verständnis zu fördern und insbesondere die Lehrerschaft über die Anforderungen im Wirtschaftsleben laufend zu informieren, ist der Kontakt zwischen Lehrerschaft und Schulbehörden einerseits und der Wirtschaft, insbesondere der Lehrbetriebe, andererseits aktiv zu fördern. Die Wirtschaftsverbände übernehmen dabei eine koordinative Funktion und fördern entsprechende Projekte.

Winterthur, Oktober 2004